

10 Spezialdebatte (14.05 Uhr)

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt 14.05 Uhr und wir werden mit unserer Gemeinderatssitzung jetzt mit der Spezialdebatte fortsetzen. Ich möchte mich auch beim Herrn Ghasemi um beim Herrn Ledl bedanken, dass sie in der Zwischenzeit auch geschaut haben, dass einiges an der Technik wieder verbessert worden ist, also die Lichtanzeige für die Redner:innen, und zeigt nur, dass wir Multitalente haben in unseren Reihen, und dafür danke (*Appl.*).

Aber zur Korrektur möchte ich noch anbringen zur Tagesordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Beginn gesagt, dass der Tagesordnungspunkt 9 im Nachtrag der öffentlichen Sitzung en bloc abgestimmt wird, das ist nicht der Fall, sondern da gibt es den Wunsch, das zu berichten. Dass wir das nur jetzt auch gleich am Beginn festhalten, und damit man das dann danach vielleicht abkürzen kann, nach Rücksprache mit dem Kollegen Pointner haben wir folgenden Vorschlag, dass wir den Abänderungsantrag mit den Klubobleuten eigens besprechen und vielleicht in Vorbereitung zur nächsten Gemeinderatssitzung hier zu einer Lösung kommen, dass wir den heute aber nicht zur Abstimmung bringen. Danke, Herr Gemeinderat. Dann kommen wir zur Spezialdebatte und die erste Rednerin ist Frau Gemeinderätin Daniela Katzensteiner.

10.1 GRⁱⁿ Daniela Katzensteiner, BA, KPÖ (14.08 Uhr – 14.13 Uhr)

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen. Zuallererst möchte ich mich beim Finanzdirektor, seinen Mitarbeiter:innen und allen Mitwirkenden für die intensive Arbeit in den letzten Wochen und Monaten bedanken. Ohne sie könnten wir heute nicht dieses Budget

beschließen. Im Vorfeld der heutigen Sitzung war von Seiten der Opposition zu hören, im zu beschließenden Budget sei ein zu großer Teil der Mittel in den Sozialbereich gefallen und in vielen anderen Bereichen habe es Kürzungen gegeben. Kürzungen hat es tatsächlich gegeben. So wurde die Klubförderung für das Doppelbudget 2022/2023 um 20 % gekürzt. Ebenso gab es Kürzungen in der Kommunikationsabteilung. Diese soll mit dem kürzlich beschlossenen Kopfverbot ohnehin der objektiven Kommunikation dienen und keine Werbepattform für Politiker:innen sein. In vielen anderen Bereichen sind im Doppelbudget 2022/2023 Erhöhungen vorgesehen. Unter anderem in den Bereichen Bildung und Kultur. Wenn die ÖVP jetzt von angeblichen Kürzungen spricht, weil die erhöhten Mittel in ihren Ressorts nicht ausreichen würden, dann sollte sie darüber nachdenken, wie es Menschen geht, die überlegen müssen, ob sie die Miete oder die Stromnachzahlung nicht überweisen sollen, damit sie sich noch den Sprit leisten können, um zur Arbeit zu fahren. Die neue Stadtregierung versucht der aktuellen Teuerungskrise so gut es geht entgegenzuwirken. Deshalb wurde auch das Budget für soziale Belange deutlich erhöht. Für die KPÖ war es immer zentral, den Blick von unten nach oben zu richten, und nicht umgekehrt. Sich besonders für die Leute einzusetzen, die im Leben nicht auf die Butterseite gefallen sind, war der KPÖ immer ein besonderes Anliegen. Und dies ist aktuell wichtiger denn je. Angesichts multipler Krisen, wie der Corona-Krise, dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der galoppierenden Inflation, haben immer mehr Menschen unter finanziellen Nöten zu leiden. Dies trifft längst nicht nur Mindestpensionist:innen, Alleinerzieh:innen, Arbeitslose und andere Menschen, die vorher schon armutsgefährdet waren oder in Armut gelebt haben, sondern auch vollzeittätige Menschen, welche vorher von diesen Sorgen noch nicht betroffen waren. Hier braucht es dringend Entlastungen. Und die wird es mit diesem Doppelbudget geben.

So wurde der Kreis der SozialCardbesitzer:innen ausgeweitet. Besonders hervorzuheben ist hier, dass jetzt auch berufstätige Menschen mit geringem Einkommen Anspruch auf Leistungen der SozialCard haben, ein sehr wichtiger Schritt angesichts der zuvor geschilderten Situation. Weiters wurde der Energiekostenzuschuss erhöht, auch ein dringendes Gebot angesichts der stetig

steigenden Preise in diesem Bereich. Wichtig dabei ist, dass Leistungen wie der Heizkostenzuschuss nun automatisch an alle SozialCardbesitzer:innen ausbezahlt werden und diese nicht mehr noch einmal extra einen Antrag dafür stellen müssen, wie dies unter der Vorgänger-Koalition Usus war.

Eine Aufstockung gibt es auch beim „Graz hilft“-Fonds. Die Einsparungen, welche durch die Kürzung der Klubförderungen anfallen, kommen diesem Fonds und somit ökonomisch benachteiligten Menschen zugute. Hier konnte im Übrigen ebenso eine Entbürokratisierung erreicht werden, indem die Entscheidungskompetenz darüber, wer Hilfe aus dem Fonds erhält, bei Beträgen unter 1.500 Euro nun bei den Sozialarbeiter:innen liegt, womit ein niederschwelliger Zugang gewährleistet wird. Da nicht nur steigende Mieten, sondern auch Wohnungseinstiegskosten für viele Menschen eine große finanzielle Hürde darstellen, ist es sehr erfreulich, dass der Kautionsfonds erhöht wird und es eine Ausweitung der Gruppe der Anspruchsberechtigten geben wird. Um aber überhaupt zu wissen, welche Hilfestellungen es für die Menschen gibt, ist ein niederschwelliges Informationsangebot von essenzieller Bedeutung. So wird es im Amtshaus künftig eine Beratungsstelle für alle Fragen rund um Soziales, Wohnen und Gesundheit geben. Damit das Leben für die Grazer Bevölkerung nicht noch teurer wird, als es gegenwärtig ohnehin ist, wird der Preis für die Öffi-Jahreskarte nicht erhöht. Ebenso gibt es einen Preisstopp bei den Betriebskosten, und die Mieten in den stadteigenen Wohnungen werden ebenso nicht erhöht. Um das Angebot an leistbaren Wohnungen künftig zu sichern und auszubauen, werden auch in naher Zukunft neue Gemeindewohnungen gebaut und in die Sanierung bestehender Wohnungen investiert. Ebenso wird es eine Aufwertung der Wohnungssicherungsstelle geben. Was bereits gelungen ist, ist, dass nun wieder mehr Menschen überhaupt das Angebot der Gemeindewohnungen nützen können, indem die Zeit, die man mit Hauptwohnsitz in Graz gemeldet sein muss, von fünf Jahren auf ein Jahr gesenkt wurde und auch subsidiär Schutzberechtigte Zugang zu leistbarem Wohnen haben. Was man von der vormals für Wohnen zuständigen Partei übernommen hat, ist die Erhöhung der Einkommensgrenze für den Zugang zu Gemeindewohnungen, da, wie ja bereits mehrfach erwähnt, die aktuelle

Rekordinflation auch eine Schneise in den Mittelstand schlägt und generell möglichst breite Bevölkerungsschichten Zugang zu leistbarem Wohnraum haben sollen. Denn das Recht, ein Dach über dem Kopf zu haben, ist ein Menschenrecht.

Um die Menschen unserer Stadt in dieser schwierigen Zeit zu entlasten, werden mit diesem Budget noch weitere Erleichterungen gesetzt. So werden die Bädertarife für SozialCardbesitzer:innen auf 4 Euro für die Tageskarte gesenkt und die Preise für die „Kindertageskarte“ sowie die Familien-Saisonkarte werden nicht erhöht. Wieder eingeführt wird die 2-Stunden-Karte und die Abendkarte ab 17 Uhr. Auch der Gratis-Shuttle-Bus zum Schwarzl-Freizeitzentrum und zum Thalersee wird in diesem Jahr wieder ermöglicht. Nach den Kürzungen in der letzten Gemeinderatsperiode wird es mit dem neuen Budget auch wieder mehr Ressourcen für die Stadtteilzentren geben. Die Stadtteilzentren sind wichtige Anlaufstellen in den Bezirken, wo Menschen Beratungen in Anspruch nehmen und soziale Kontakte knüpfen können. Sie sind ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor gerade für Menschen, die in schwierigen finanziellen Verhältnissen leben. Hier bedarf es einer ausreichenden Basisfinanzierung, damit deren wertvolle Arbeit im vollen Umfang ausgeführt werden kann.

Wenn sich Teile der Opposition aufgrund des Budgets öffentlich Sorgen um unseren Wirtschaftsstandort machen, so muss man dazu sagen, dass soziale Hilfsmaßnahmen auch Hilfen für die Wirtschaft darstellen. Bei Menschen mit geringem Einkommen fließt zwangsläufig ein viel größerer Teil des Einkommens wieder unmittelbar in den Konsum, was den Betrieben Umsätze und dem Staat Steuereinnahmen bringt.

Die gegenwärtige Krise trifft breite Gesellschaftsschichten. Die Stadt Graz sorgt mit einem Budget, das unter anderem den Fokus auf soziale Belange legt, hier für Erleichterungen, indem das Budget für Soziales nicht nur erhöht und das Angebot ausgebaut wird, sondern auch eine Ausweitung des Bezieher:innenkreises erfolgt. Trotz des engen finanziellen Spielraumes ist es gelungen, ein Budget zu erstellen, das das Leben für viele Menschen in unserer Stadt erleichtern wird, auch wenn wir wissen, dass wir die Probleme auf Stadtebene nur mildern, aber nicht lösen können. Es ist ein Budget, in welchem auch besonders jene Menschen unserer Stadt berücksichtigt werden, die keine Lobby haben. Investitionen in den sozialen Bereich zahlen sich aus,

für die Menschen, die in dieser Zeit vor großen finanziellen Herausforderungen stehen, für die Wirtschaft, indem die Kaufkraft der Menschen erhalten bleibt und für alle Bewohner:innen unserer Stadt, denn soziale Sicherheit bedeutet Sicherheit für alle Menschen (*Appl.*).

**10.2 GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Unger, ÖVP
(14.14 Uhr – 14.27 Uhr)**

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen und Zuschauer:innen. Beim Geld hört sich die Freundschaft auf. Das ist ein geflügeltes Wort, das wir, glaube ich, alle kennen. Das ist, glaube ich, einer Gemeinderatsdebatte zu diesem Thema auch quasi immanent innewohnend. Und heute diskutieren wir es erstmals unter Verantwortung jener Partei, die dieses Wort „Freundschaft“ natürlich in ganz besonderer Weise auch auf ihre Fahnen geheftet hat. Das Budget für unsere Stadt hat immense Bedeutung und deswegen ist von ganz, ganz großer und essentieller Wichtigkeit, dass nur eines im Interesse der heutigen Debatte stehen kann, dass wir nämlich für alle Grazerinnen und Grazer die besten Möglichkeiten für ein gutes Leben in Graz schaffen, erhalten und ausbauen. Das ist einmal das Grundlegende. Ich vermisse in der Debatte, wie wir sie bisher geführt haben, ein bisschen diesen Blick auf die Gesamtschau, deswegen möchte ich darauf ein bisschen mehr eingehen. Es sind herausfordernde Zeiten, das haben wir schon mehrmals gehört und das sind bitte herausfordernde Zeiten für alle. Es gibt eben nicht nur die soziale Komponente, es gibt auch verschiedene andere persönliche Komponenten, die eine Rolle spielen, und wir sind allen Menschen, die hier leben, verpflichtet durch die Ämter, die wir übernommen haben. Ich möchte ganz kurz, weil das gerade an die Kollegin vor mir kurz anschließt, wenn sozusagen gesagt wurde, dass wir als Opposition den Vorwurf erheben würden, dass ein Großteil der Mittel ins Soziale fließt, möchte ich hier dezidiert widersprechen, und zwar aus

folgendem Grund: Sozial ist auch etwas anderes als Sozialhilfe, es ist nämlich mehr. Und in diesem Zusammenhang bin ich selbstverständlich ganz stark dafür, dass wir im Sozialen sehr viel tun. Das Soziale regelt das Zusammenleben in der Stadt und damit betrifft es alle Bereiche, aus diesem Grund ist unser Vorwurf auch, dass letztendlich sich hier ein Budget jetzt wiederfindet, indem sich eine Reihe von Menschen eben nicht wiederfinden können. Es ist bei intensiver Beschäftigung des Budgets herausgekommen, dass eigentlich kurzfristig gedachte Verschiebungen stattfinden. Wir haben schon einiges jetzt von den Wohltaten bzw. auch von den Vergünstigungen usw. gehört, aber was wir brauchen, sind langfristige Lösungen und das ist ganz wichtig, das vermisste ich hier (*Appl.*).

Aus meiner Sicht ist dieses Budget leider eher eine Ansammlung von Einzelinteressen, die hier geplant worden sind, es folgt eher dem Prinzip einer kleinteiligen Umverteilung an gewisse Segmente zulasten anderer und es vernachlässigt eine Gesamtschau. Kurz gesagt ist es aus meiner Sicht ein Budget für manche und heute und nicht für alle und morgen (*Appl.*).

Wir müssen Umsicht und Ausgewogenheit, die wären extrem wichtig gewesen, im Sinne einer Trag- und Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt rücken, denn die Dinge hängen, und bitte, das wissen wir alle, zusammen. Die Kritik an der Vorgängerkoalition, selbstverständlich fühle ich mich da angesprochen, ist mehrfach bedient worden. Ich würde bitten, dass wir natürlich selbstverständlich Oppositionspolitik machen, aber natürlich im Sinne der Wähler und Wählerinnen. Ich möchte darauf noch einmal kurz eingehen, dass einiges, was jetzt auf Schiene gebracht wird, teilweise im wahrsten Sinne des Wortes selbstverständlich bereits in den vorhergehenden Jahren geplant, finanziell in irgendeiner Weise vorbereitet oder bedeckt wurde und quasi auch vor die Umsetzung gebracht wurde; das ist einmal der eine Teil, den man vielleicht in der Kritik an dem, was bisher war, auch berücksichtigen muss. Und das Zweite, weil die Stadträte auch noch quasi mit ihrer etwas flapsig formulierten Wehleidigkeit im Kampf für ihre Ressorts angesprochen worden sind: Ja selbstverständlich, die Stadträte und -rätinnen tragen Verantwortung für ihre Ressorts, und dass sich die Kollegen Hohensinner und Riegler verstärkt für die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur und Wirtschaft einsetzen,

liegt bitte auf der Hand, das ist deren Aufgabe. Und das ist etwas, was man nicht zum Vorwurf machen sollte, sondern was man eigentlich belobigen sollte (*Appl.*).

In der Kleinen Zeitung vom 10.6., und wir haben es alle auch hier im Gemeinderat gehört, hat unsere Frau Bürgermeisterin gesagt, wir müssen endlich alle an einem Strang ziehen, da ist es um die Verkehrspolitik gegangen. Ich meine, das gilt selbstverständlich für alles, und das Budget wäre eine Chance gewesen. Aber wie kann man andere davon überzeugen und dafür gewinnen, wenn man quasi die eigenen Betriebe mit diesem Strang vielleicht auch fesselt, z.B. in der heute schon öfter benannten Holding-Verkehrsfinanzierung? Und man fordert aber zugleich die Attraktivierung durch Taktverdichtung, Transportkapazitäten, Personal. All diese Dinge sollten gedeckt sein, und deswegen hätte die Koalition sagen müssen, uns ist nicht nur sozusagen verbal die Umkehr der Mobilitätspyramide wichtig, weil da gehen wir ja alle mit, sondern auch der funktionierende ÖV und auch, dass die entsprechenden Einrichtungen der Stadt, die damit zu tun haben und das verantworten, langfristig funktionieren. Selbstverständlich wäre dafür der Verkehrsfinanzierungsvertrag ein dementsprechend wichtiges Mittel gewesen, das für die Stabilität in der Holding eigentlich unverzichtbar ist. Wie soll man am selben Strang ziehen bei der S-Bahn und bei der U-Bahn? Bei all diesen Dingen müssen wir auch Land und Bund mehr ins Boot holen, das sind ganz große Dinge, die wir natürlich auch, wie bereits besprochen, letztendlich angehen müssen, das heißt, ins Tun kommen. Und an welchem Strang ziehen wir, wenn es um die Personalagenden für die Kinderbetreuung geht? Wir müssen etwas anbieten, was qualifizierten Pädagogen und Pädagoginnen als motivierende Wertschätzung entgegenkommt. Sie sollten das so verstehen, weil sonst stellt sich auch für die Kinder die Frage, wer darf mitziehen, wenn das ganze Budget in eine einzige Richtung gezogen werden soll? Um an einem Strang zu ziehen, hätte man sagen müssen, die Bildung ist die größte Investition und die Menschen sollen in Graz in optimalen Umständen und von angemessen bezahlten Fachkräften gebildet und betreut werden, um ein gutes Leben zu haben und auch um einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten zu können. Das ist uns etwas wert. Ich glaube, in diesen Tagen sind viele von uns auch bei Maturanten- und Maturantinnenverabschiedungen, dort

preisen wir den Wert der Bildung, da wünschen wir allen eine gute Zukunft, aber eine gute Zukunft bedeute auch, dass wir langfristig denken müssen. Und das vermisse ich, wenn wir letztendlich jetzt zwar Maßnahmen setzen, aber in viel zu geringem Umfang, und eben das nicht garantieren können, und wir wissen alle, dass es schwere Zeiten gibt, aber trotzdem sollte das eine vordringliche Aufgabe sein. Wir müssten sagen, in Lehr- und Betreuungspersonal und in die Kinderbetreuung mehr zu investieren, bedeutet eben nicht nur, an kleinen Stellschrauben zu drehen. Wir haben die 54 VZÄs jetzt für den Kinderbetreuungsbereich schon gehört, aber das ist letztendlich ein ganz kleiner Ausschnitt von dem, was wir brauchen würden. Es sind Überlappungszeiten in der Mittagszeit, was gut und schön ist, aber es wird uns nicht viel helfen, wenn es darum geht, qualifizierte Leute zusätzlich zu motivieren, in diesen Bereichen tätig zu sein und letztendlich auch Kinder und vielleicht später auch einmal die Enkelkinder gut zu betreuen (*Appl.*).

Wir sind, wenn ich von den Maturanten gesprochen habe, auch nicht weit von den Lehrlingen entfernt. Für die gilt selbstverständlich dasselbe, denen und den Betrieben, in denen sie ausgebildet werden, hätte man auch etwas anderes sagen müssen als das, was die Botschaft in diesem Budget ist. Wir sollten sagen, wir ziehen mit den Unternehmern und Unternehmerinnen an einem Strang, weil sie sind ganz wichtige Partner und Partnerinnen für die Stadt, die gehören zum Profil unserer Stadt, sie sichern den Wohlstand, sie ermöglichen uns, dass wir Sozialleistungen vergeben und sie sind damit auch nachhaltige Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in Ausbildung und Absicherung (*Appl.*).

Was hat man stattdessen gesagt? Die Kollegin Braunersreuther ist heute leider nicht da, aber man hat es auch im letzten Stadtblatt gelesen. Wir wollen Investoren nicht gefallen. Investoren sind allerdings nicht die angeblich so bösen Immobilienhändler ausschließlich, sondern all jene, die sagen, jawohl, ich investiere in diese Stadt, in die Menschen, die hier leben und arbeiten und natürlich auch in mein eigenes gutes Leben. Warum auch nicht? Das ist das Recht und wahrscheinlich auch die Pflicht jedes Menschen, sein eigenes Glück auch ein bisschen im Blick zu haben. Also die Herabwürdigung von Leistung ist deshalb auch angesichts der angespannten

Arbeitsmarktsituation aus meiner Sicht eher ein Brandbeschleuniger, den wir nicht brauchen können und das leider auch mit doppelter Wirkung, wenn man im Budget lesen kann, wie sich die Kommunalsteuer entwickeln soll. Weil wir jetzt vom Strang gesprochen haben, möchte ich diese Metapher nicht mehr weiterbemühen, aber einen Faden möchte ich noch kurz erwähnen und damit an den Kollegen Pointner anschließen, die Kulturszene. Wir alle schätzen eine kritische und vitale Kulturszene, sie gehört zu Graz, sie ist ein Aushängeschild, sie ist eine große Bereicherung. Wenn man die Budgetpläne anschaut, wird es allerdings für die Leute nicht besser, der Protest ist bereits deponiert worden und die Frau Vizebürgermeisterin hat vorgestern bei der Kulturstrategie 2030 auch gesagt, sie wird die Maßnahmen mittragen. Fair-Pay ist eine der wichtigsten Maßnahmen, und das ist ganz wichtig, das hier zu deponieren, dass das nicht abgebildet ist, bis 2027 ist da nichts zu erwarten, obwohl es dringend notwendig wäre. Unser Bild ist ein anderes. Wir möchten gerne, dass Menschen nicht in Abhängigkeit leben, dass sie sich beteiligen können und dass sie selbstverständlich auch Verantwortung übernehmen können und einen Beitrag leisten je nach Möglichkeit, das ist etwas Sinnstiftendes und das ist etwas, was die Gemeinschaft fördert in der Bildung, im sozialen Miteinander und selbstverständlich auch bei der Arbeit. Und das geht nur, wenn wir für alle arbeiten, und für mich ist es die Sorgfaltspflicht, auch den sozialen Frieden in dieser Hinsicht aufzuwerten bzw. wirklich in den Blick zu nehmen, das ist ein Thema, das aus meiner Sicht nicht zu unterschätzen ist. Sozial sein ist eben mehr, als nur die sozialen Systeme auch auszuweiten, sozial sein heißt auch, zwischen sozialen Taten und der Sozialpolitik zu unterscheiden. Das ist zwischen einer individuellen Maßnahme und dem, was wir groß angelegt machen möchten, ein großer Unterschied, und es geht aus meiner Sicht um die Verhältnismäßigkeit. Alle Menschen sollen sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen und sie sollen selbstverständlich in Not geraten davon profitieren, und wenn sie können, dazu beitragen. Eigenverantwortung ist ein ganz wichtiger Aspekt und den brauchen wir auch. Und ich möchte da auch die Koalitionspartner noch in die Pflicht nehmen; gerade von den Grünen hätte ich mir erwartet, dass die Eigenverantwortung ganz wichtig ist, weil Dinge wie Klimaschutz und Mobilitätsveränderungen werden nur

mit einem großen inneren Antrieb der Menschen selbst vorangetrieben werden können. Aus diesem Grund ist es wichtig, und ich vermisse diesen Anstrich genauso in dem Budget wie auch von der SPÖ eine gute Handschrift und die angekündigten Maßnahmen in einer gewissen Umsetzung. Ich darf am Schluss anregen, dass man den Grazer:innen das Budget richtig übersetzt. Es wird nicht reichen, es wird Probleme bringen, es ist nicht umsichtig und es ist deshalb auch nicht gerecht und leider kein Zukunftsbudget. Am Schluss möchte ich noch bedauern, dass keine getrennte Abstimmung stattfindet, weil wir den Dienstpostenplan und die Wirtschaftspläne selbstverständlich für unverzichtbar halten und dem gerne zugestimmt hätten.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Es gibt eine getrennte Abstimmung.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

Wird es geben, ok, gut. Passt, dann bin ich falsch informiert. Sagen wir bitte zu diesem Budget die Wahrheit, nachdem gerade der Bachmann-Preis ausgelobt wird, die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, das Zitat kennen alle, dieses Budget, aus unserer Sicht, leider nicht. Danke (*Appl.*).

10.3 KO GR Karl Dreisiebner, Grüne (14.27 Uhr – 14.39 Uhr)

KO GR **Dreisiebner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung und des hohen Gemeinderates, werte Zuseher:innen hier live und am Livestream. Ich werde noch kurz auf Claudia Unger eingehen müssen. Zuvor aber möchte ich mich bei allen bedanken, die am Werden dieses im Wortsinn nicht einfachen Doppelbudgets viele Stunden, viele Tage, viele Wochen mitgearbeitet

und mitgestaltet haben. Dafür möchte ich mich ausdrücklich beim Herrn Mag. Stefan Tschikof, unserem Finanzdirektor und seinem Team, bei Finanzstadtrat Manfred Eber, seiner Mann- und Frauschaft sowie bei allen Abteilungsleitungen und Geschäftsführungen und bei allen Stadtregierungsmitgliedern bedanken, die ihre Vorhaben, ihre Projektideen, ihr Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, die Grenzen und viel Bereitschaft weiterzukommen, miteingebracht haben in diese Budgetgespräche (*Appl.*).

Nun ganz kurz zu Claudia Unger. Ja, ich kann dieses Budget so lesen, wie du es gelesen hast, ich kann dieses Budget ganz anders lesen. Wenn die Erwartung der Volkspartei ist, dass wir das Wording des Stadtparteiobmanns und Stadtrats Kurt Hohensinner übernehmen, dass wir, ich weiß nicht, sonst was noch alles tun müssen, damit das, was ihr euch vorstellt, was ihr genannt haben wollt, so für euch im Budget vorkommt, und nicht, wie du es genannt hast, eindimensional in eine Richtung ziehend sein soll, dann mag das ein Anrecht sein, das darf euer Wunsch sein, wir dürfen es aber auch anders verbalisieren und anders kommunizieren. Wir schließen weder Schüler:innen noch Enkel:innen noch Lehrer:innen, Kindergärtner:innen, Wirtschaftstreibende, Arbeitskräfte, verzweifelt gesuchte Arbeitskräfte und leistungsbereite Arbeitskräfte aus, wir schließen alle diese Menschen mit ein. Die Selbstbestimmtheit findet sich gerade im Ressort der Vizebürgermeisterin Judith Schwentner ganz stark wieder, die Ermächtigung zu einem selbstbestimmten Leben findet sich ganz stark in den sozialpolitischen Ressorts, aber auch in Bildungspolitik usw. wieder. All das brauchen wir. Und du hast ja eine, ich sage einmal, gut formulierte, prägnante Rede gehalten. Es fehlen langfristige Lösungen, war ein Vorwurf. Ja, die fehlen schon lange, Herr Riegler war gerade nicht da, und es ist natürlich so, dass es dankenswerterweise so ist, dass Kurt Hohensinner und Günter Riegler sich für ihre Ressorts und für ihre Agenden eingesetzt haben. Das ist wichtig und richtig, aber wie da teilweise kommuniziert wird nach außen, welche Geschichte erzählt wird von manchen, und die Betroffenen werden das wohl wissen, das ist eher zum Schaden des Wirtschafts-, des Kultur-, des Bildungs- und städtischen Gesamtstandortes Graz (*Appl.*).

Vielleicht überlegt ihr euch das auf einer weiteren Suche nach einer Oppositionslinie. Dieses doppelt schwierige Budget, mehrfach schwierige Budget sowie die dringend gebotene Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben in einer Zeit, in Jahren, in der es Mehrfachkrisen, zumindest europa- und weltweit gibt, jetzt gerade wieder neue nicht vorhersehbare Probleme und Krisensituationen, und ja, da bauen wir auch sehr auf die Wirtschaft, da bauen wir auch sehr auf unsere Ausbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Die haben in den letzten Wochen uns sehr natürlich auch getrieben; wir können aber viele Dinge nicht vorhersehen und wir werden jetzt auch keine Zahlen hineinschreiben, wo wir noch nicht wissen, wie die Entwicklung tatsächlich aussehen wird in Richtung Inflation, Preisentwicklung, Energie etc. Das ist etwas, was man so nicht machen kann, denn entweder blockiere ich zu viel Budgetmittel oder zu wenig, und dann müsste ich doch wieder nachreagieren. Wir werden reagieren müssen, und das hat es ja auch in der Vergangenheit gegeben, ich denke da an den Nachtragshaushalt zu Covid-Zeiten. Also so einfach ist so ein Budget nicht hingeschrieben oder hergerechnet, wie es manchmal in der Zeitung zu lesen war, von einem aus der Riege der Stadtregerer. Man kann in dem Fall diese Geschichte erzählen und man kann darauf hoffen, dass die Menschen sich nicht erinnern, was war, was vor einigen Jahren war. Es stimmt, nicht immer erinnern sich alle. Wer erinnert sich an die vielen wirklich tollen, als zukunftsweisend beworbenen und gleichzeitig immer als zu günstig veranschlagten Projekten, Versuche, Studien, die am Ende eingestellt, schubladisiert oder oft sehr viel kostenintensiver, als anfangs dargestellt und abgegeben, umgesetzt wurden? Wer erinnert sich viele Monate später nach solchen Versprechungen, dass die dann erstellten Stadtrechnungshofberichte feststellen müssen, dass es bei vielen Projekten ganz massive unnötige, vermeidbare Kostenüberschreitungen gegeben hat. Es stimmt, wer erinnert sich an die letzten kolossal, fast schon als Roadshows der schwarz-blauen Koalition vorgetragenen oder aufbereiteten Budgets, die ein gutes Jahr später vom Stadtrechnungshof im konsolidierten Jahresabschluss Folgendes zu lesen übrig lassen: Die Party ist eigentlich längst vorbei, ihr hättet schon längst umsteuern müssen. Aber es gibt ein ganz gravierendes Missverhältnis zwischen der Einnahmen- und der Ausgabenentwicklung

im laufenden Haushalt, nicht im Investitionshaushalt, es hätte schon längst einer Gegensteuerung bedurft. Es wird schon stimmen, nur wenige Grazerinnen und Grazer haben deswegen ihr Wahlverhalten anders ausgelegt im letzten September wegen des Budgets, wegen der Rechnungsabschlüsse. Es war eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem, was die letzte Stadtregerung gemacht hat, und irgendwer hat es heute schon gesagt, Budget ist in Zahlen gegossene Politik, und das ist natürlich ein Teil der ganzen Übung. Es war offenbar mit dieser Gesamtpolitik und der Schwerpunktsetzung in der Finanzmittelverwendung zu Zeiten der Regierung des Ex-Bürgermeisters und seiner damaligen Koalition eine große Mehrheit nicht mehr zufrieden. Das bringt mich jetzt zum heute vorliegenden Doppelbudget. Wir alle wissen, zur Umsetzung von Politik, von politischen Schwerpunkten in allen Bereichen gehört immer irgendwann Geld, und dafür braucht es genau dieses Budget. Genau dieses und kein anderes. Dieses Budget ist nämlich ausgewogen, es ist nachhaltig und es hat einen möglichst hohen Anteil an Investitionsspielräumen, Investitionsmitteln für ein Graz, das Schritt für Schritt über die nächsten Jahre transparenter, sozialer, demokratischer, klimafreundlicher und, am wichtigsten, möglichst an den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen orientiert ist, das in neue Werte und neue Infrastruktur investiert, und trotz der anstrengenden Budgetsituation ist diese erste Etappe für 2022 und 2023 ein Budget, das manches davon schon leisten kann und leisten wird und einiges aus der Vergangenheit auch wieder ein Stück weit zurechtrücken oder geraderücken wird. Wir haben die noch immer großzügige und großzügig bleibende Klub- und Fraktionsförderung weiter abgesenkt, der Stadtrechnungshof wird sehr bald die Verwendung der Klubmittel prüfen dürfen, es wird das bei der Bevölkerung nur bedingt beliebte Plakat- und Werbemittelfestspiel mancher Parteien nach oben eingrenzen und es wird nicht zuletzt die zuletzt stark angewachsene Lust, Sponsor sein zu wollen im Haus Graz sowie die Lust an der bildlichen Selbstdarstellung und das alles natürlich auf Kosten der öffentlichen Mittel, neuer Regeln, statt wie vor der Wahl, hemmungslos entriegeln. Jetzt kurz zum Fair-Pay. Fair-Pay für Künstler:innen wird es geben, eine gute Ausstattung wird es geben auch für die Kreativwirtschaft, dagegen hilft alles unken nicht. Da wäre es besser, es würde da einer schon an Konzepten für die faire

Absicherung von Kulturarbeiter:innen und Künstler:innen arbeiten, um dann einen Vorschlag zur Diskussion zu stellen. Es wird kein Sportjahr geben, es werden eineinhalb Sportjahre, werden aber ohne Events, ohne Plakatserien, ohne Agentur, dafür Sportjahre für die Sportler:innen und für die Vereine (*Appl.*).

Die zweite Hälfte dieses Jahres und alle weiteren Jahre danach werden entscheidende Jahre für die Transformation unserer gebauten Stadt in eine durchgrünte Stadt werden. In den nächsten Jahren werden wir selbst entscheiden, wie wir es mit der städtischen regionalen Mobilität halten wollen und, keine Sorge, wir träumen nicht vom Parkplatzklau, wir setzen auf eine gerechtere Platzverteilung mit mehr Qualität für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Dazu werden wir in Graz neue Wege gehen, neue bisher nicht gegangene Wege, das heißt, wir werden Gehsteige und Radfahranlagen bauen, statt sie nur in gut dotierten Programmoftensiven festzuhalten. Und es wird maximal Bäume gepflanzt, versiegelt, ... entsiegelt, Entschuldigung, und begrünt (*Gelächter im Saal*).

Alle passen auf, und es dauert nur mehr kurz.

Ich möchte nur noch einen Satz zum ÖV-Ausbau sagen, wir werden auch den finanziellen Schienenbonus, den Land und Bund bereithalten, den werden wir nutzen; das heißt, wir werden planen, wir werden rasch planen und wir werden nach dem Planen auch rasch bauen, damit wir diese Gelder abholen können. Und wir werden nicht viel planen und wenig bauen, wie es in den letzten 18 Jahren leider zu oft passiert ist, wir werden es anders machen, wir werden raus aus dieser Phase der 500 Meter Straßenbahnausbau pro Jahr. Alle diese dringend notwendigen Änderungen im Bereich der Verkehrswende, im Bereich der Klimawandelanpassung usw., die sind dann gut rüberzubringen und gut und erfolgreich und schnell zu machen, wenn möglichst viele hier im Gemeinderat mithalten. Und das ist eine Einladung an euch alle von der ÖVP, von der FPÖ und von den Neos. Auch wenn ihr heute gegen dieses Budget stimmt, vielleicht könnt ihr dann diesen Verkehrs- und Klimaschutzmaßnahmen zustimmen und anderen Maßnahmen, die präsentiert werden zustimmen, denn es wird dann stärker sein; aber vergesst dann auch nicht, bezahlt

wird das dann alles aus den Töpfen eines Budgets, dem ihr heute eure Zustimmung verweigert. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

**10.4 GR Günter Wagner, FPÖ
(14.40 Uhr – 14.50 Uhr)**

GR Günter **Wagner**:

Werte Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, werte Zuseher. Ganz zu Beginn möchte ich anmerken, dass es die eigene Leistung grundsätzlich nicht besser macht, wenn man die Leistungen der Vergangenheit schlechtredet. Graz ist eine schöne und lebenswerte Stadt und das wäre sie sicher nicht, wenn alle Vorgänger alles falsch gemacht hätten (*Appl.*).

Jeder hat seine eigenen Prioritäten, ihr habe die euren, wir haben die unseren, das liegt halt an der Natur der Sache und das ist ja auch in Ordnung so. Die Koalition jetzt hat sich das Sparen auf die Fahnen geheftet, aber ich würde es in einigen Bereichen eher als Kaputtsparen bezeichnen und darauf möchte ich als Wirtschaftssprecher und Sportsprecher sehr wohl eingehen. Die letzten Jahre waren für alle sehr schwierig und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Das hat sich auf die letzten Jahre im Budget niedergeschlagen und das wird sich vermutlich auch auf die nächsten Jahre im Budget wieder niederschlagen. Es waren schwierige Zeiten für die Grazer Bevölkerung, es waren schwierige Zeiten für die Stadt Graz selbst und auch schwierige Zeiten vor allem für die Wirtschaftstreibenden. Und alles auszusprechen, was das Leben der Wirtschaftstreibenden so schwer gemacht hat, das wird den zeitlichen Rahmen hier ein bisschen sprengen, aber ein paar Punkte möchte schon hervorheben. Das waren die zahllosen Lockdowns, das ist die Personalsituation, das sind Energiekosten, Preissteigerungen und auch die Lieferketten, die nicht funktionieren. Und nichtsdestotrotz hat die Wirtschaft bewiesen, dass sie durch rasches und flexibles Handeln hier wirklich abfedern konnte. An vielen ist das nicht spurlos vorbeigegangen, andere haben sich wieder neu gefunden und haben sich weiterentwickelt. Und wir

müssen nun die Weichen für die Zukunft stellen. Als Stadt haben wir den Auftrag, oder besser gesagt, die Pflicht, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um Graz als Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln und eben gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen hier zu schaffen. Das ist allerdings in dem hier vorliegenden Budget nicht erkennbar. Der Bereich Wirtschaft und Tourismus hat vor allem die zwei Jahre, nach zwei Jahren Pandemie, weniger Mittel zu Verfügung, weniger als 2021 und auch weniger als der angemeldete Bedarf. Dabei sollte vor allem in der Situation jetzt eher höhere Mittel zur Verfügung stellen, denn es wird noch einiges auf uns zukommen. Der zuständige Stadtrat Riegler hat im Ausschuss dieser Woche eh die Mandatare der Koalition aufmerksam gemacht, warum genau in dem Bereich höhere Mittel notwendig sein werden. Z.B. ist das die hier im Gemeinderat beschlossene, außer den Stimmen der KPÖ, Basisfinanzierung der CIS über 250.000 Euro, die im Budget nicht berücksichtigt ist, somit wurde das Budget im Vergleich zum Vorjahr nicht nur um 300.000 Euro gekürzt, sondern auch dieser Mehrbedarf ist nicht budgetiert worden. Im Bereich Tourismus wurde die Verstärkung der Tourismusmittel für den Ausfall aus dem Tourismusverband nicht berücksichtigt, durch die geringen Nächtigungszahlen wird hier sicher einiges aufstehen, grundsätzlich waren hier 300.00 Euro dafür veranschlagt, diesem ist auch nicht stattgegeben worden. Und von der Stadt der von der Krise gebeutelten Tourismuswirtschaft unter die Arme zu greifen, werden so eben die Mittel unterm Strich auch weiter gekürzt. Davon abgesehen trifft die aktuelle Inflation ja auch alle unsere Ämter. Das heißt, die meisten Budgetpositionen, da ist das nicht berücksichtigt, und der vorgesehene Wert, diese Summe hat einfach nicht mehr denselben Wert, und somit kommt es einer Budgetkürzung gleich. Im Ausschuss am letzten Dienstag haben wir über die Entwicklung der Wirtschaftsstrategie 2030 gesprochen. Das ist gut und richtig und ich glaube, das ist eine ganz große Chance für Graz, uns als interessanten Wirtschaftsstandort weiterzuetablieren, und das ist auch wichtig, das jetzt auf den Weg zu bringen. Die ständig ändernden Bedingungen und Herausforderungen und die neuen Arbeitszeitmodelle, die hier auf uns zukommen werden, waren ja bisher ohne Zweifel eine erfolgreiche Strategie, sonst wäre die Wirtschaft nichts so aktiv in Graz. Sie muss sich einfach weiterentwickeln, muss sich

anpassen, und das soll damit geschehen; aber ohne entsprechende budgetäre Mittel, um hier irgendwo Akzente setzen zu können, wird das nicht mehr als ein Blatt Papier mit ein bisschen Tinte darauf sein. Ihr als Mandatare der Koalition, aber vor allem der Ausschussvorsitzende Gemeinderat Ram, bekennt mit der Zustimmung zu dem Budget Farbe, weniger Geld für die Wirtschaft, und wie heute schon ein paar Mal strapaziert, wie man so schön sagt, das Budget ist in Zahl gegossene Politik, und in dem Fall Politik auf Kosten der Wirtschaftstreibenden in unserer Stadt (*Appl.*).

Auch die Sparbuchentnahmen möchte ich hier jetzt in dem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, eingeführt, um das sogenannte „Dezemberfieber“ einzudämmen und dafür zu sorgen, dass gegen Ende des Jahres nicht die Mittel dann unter Hochdruck ausgegeben werden. Und wir wissen, es gibt einfach viele gute Gründe, warum budgetierte Mittel nicht ausgegeben werden. Da gibt es einfach Kapazitätsgrenzen in den Ämtern, es gibt Personalsituation, die das dann nicht zulassen, aber von einer wie von Ihnen genannten Überbudgetierung kann keine Rede sein. Man schafft nicht Spielräume für das Budget 2022/2023, sondern nimmt eigentlich den Ämtern die Spielräume, um anderer Orts dann mit der Gießkanne ausschütten zu können. Als zweiten Bereich, und mir wichtigem Bereich, ist natürlich der Sport, er ist wesentlicher Faktor für körperliche und geistige Gesundheit (*Appl.*). Auch hier haben die Jahre der Pandemie und der Lockdowns sichtbare Spuren hinterlassen, Bewegungsmangel, daraus resultierende körperliche Beschwerden, Übergewicht sind nur einige der Folgen. Und vor allem bei Kindern und Jugendlichen hat sich das ganz stark ausgewirkt. Bis zu 30 % mehr übergewichtige Kinder und Jugendliche soll es laut zahllosen Studien geben; ein Bereich, in dem wir als Stadt Graz Verantwortung haben, alles dafür zu tun, um hier entgegenzuwirken, und auch das ist im vorliegenden Budget nicht erkennbar. Gerade genug, um den Betrieb halbwegs am Laufen zu halten, der größtenteils, und das muss man hier auch erwähnen, vom Ehrenamt getragen wird, und da kann man nicht oft genug den ganzen Ehrenamtlichen danken (*Appl.*).

Aber definitiv zu wenig Mittel, um die Sportinfrastruktur zu investieren, sie zu verbessern und weiter auszubauen. Und auch hier ist die Inflation wieder ein ganz

großes Thema. Da geht es um die Betriebskosten der Sportstätten, da geht es um die Energiekosten, und die werden weiter steigen, das wird nicht das Ende gewesen sein; und wenn das Budget so bleibt, wie es ist, wenn die Vereine hier Müh und Not haben, diese Kosten weiter decken zu können oder den Betrieb aufrecht zu erhalten. Ich gebe schon dem Herrn Stadtrat Eber auch Recht, wenn er sagt, das Sportjahr ist kein Sportjahrzehnt, aber wahrscheinlich ein bisschen anders Recht, als er gerne hören wollen würde: Das Sportjahr soll auch nach einem Jahrzehnt nicht enden, Sport und Bewegung sollten sich eigentlich in unserem Leben fest verankern und im Alltag integrieren. Das ist zumindest meine Sicht auf die Dinge (*Appl.*).

Und genau deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum das Budget nicht vorsieht, den Alltagssport weiter auszubauen. Im Sportjahr waren es z.B. die Seven Summits, ein super Beispiel, Menschen zur Bewegung zu bringen ohne große Investitionen in teure Sportausrüstung. Und eigentlich ganz egal, mit welchem Fitnesslevel ich starte, ich glaube, da war für jeden etwas dabei, und ich glaube, das sind wahrscheinlich auch Dinge, in die wir in Zukunft weiter investieren sollten. Ebenso verwunderlich ist natürlich auch nach den vielen heftigen Skater-Debatten, die wir schon geführt haben, und den offenen Bekundungen, sich hier einsetzen zu wollen, dass der Ausbau des Skater-Parks am Grünanger, 600.000 Euro, nicht direkt vorkommen. Es gibt meines Wissens nach vom Land hier schon Zusagen, hier zuzuzahlen. Somit wäre es ein Leichtes gewesen, das fix im Budget zu verankern, einfach um ein Zeichen zu setzen, dass man das ehrlich meint und ernst meint. Das Land ist bereit, sich hier einzusetzen, ich glaube, das würde der Stadt auch ganz gut tun. Und auch die SPÖ kann ich hier jetzt, und vor allem den Klubobmann Michi Ehmman, nicht ganz aus der Verantwortung nehmen. Im Wahlkampf noch groß getrommelt, nimmt aber mit der Zustimmung zu dem Budget auch ganz klar Stellung und zwar keine Zwei-Stadien-Lösung für Graz, kein eigenes Stadion für Sturm und für den GAK, ansonsten wäre ja irgendwas davon im Budget wiederzufinden; da habe ich lange gesucht, aber ich habe für meinen Teil nichts gefunden. War wohl eher ein Wahlversprecher als ein Wahlversprechen, oder eben umgekehrt, das geht so nicht einher, da ist eher das Gegenteil der Fall. Durch die Kürzungen der Sponsoringmittel der Holding Graz müssen Sturm, GAK und die 99ers

weiter zittern, offensichtlich hat man die Notwendigkeit, vermehrt in den Sport zu investieren, nicht erkannt. Und das sehe ich vor allem daran, dass in der Präsentation vom Herrn Stadtrat Eber, wo es um die Zukunftsinvestitionen geht, ich nicht ein Sportprojekt gesehen habe, und das ist natürlich auch ein Zeichen nach außen; also es wäre hier sicher auf der Leinwand oben gewesen, wenn es Ihnen wichtig gewesen wäre. Ist es in dem Fall nicht, und wie schon vorher angemerkt, und das lass ich hier noch so stehen, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, und da kommt dann die Wahrheit ans Tageslicht. Danke (*Appl.*).

**10.5 GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ
(14.51 Uhr – 14.59 Uhr)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und auch hier im Saal. Aus der gegebenen Tradition beginne auch ich meine Worte mit dem Zitat, das wir heute schon sehr oft gehört haben, in Summe sogar siebenmal: ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Nicht nur, weil das nicht von einer Budgetdebatte wegzudenken ist, wie gesagt, siebenmal, sondern auch, weil es stimmt und auch weil es wichtig und unsere Aufgabe ist, heute hier zu überprüfen in dieser Debatte, für wen dieses Budget Politik macht und wie dieses Budget Politik macht. Nach diesen Maßstäben habe ich in diesem Gemeinderat auch schon drei schwarz-blaue Budgets und nun auch ein rot-rot-grünes Budget bewerten dürfen. Und wenn man diese Budgets gegenüberstellt, da sieht man sehr schnell, dass dem nicht nur ein anderer Politikstil zugrunde liegt sondern auch ein vollends grundverschiedenes Gesellschafts- und Menschenbild (*Appl.*).

Zur besseren Einordnung möchte ich kurz auf die Finanzpolitik der letzten Jahre eingehen. Die Schuldenpolitik der Vergangenheit, heute schon oft thematisiert, war eigentlich nichts anderes als rücksichtslos, denn während der Schuldenberg in den letzten Jahren immer mehr stieg, stiegen die Lebensqualität und die

Lebensverhältnisse der Grazerinnen und Grazer nicht im gleichen Ausmaß. Wie der Rechnungshof, also nicht nur wir als Opposition damals, sondern auch der Rechnungshof, oft kritisiert hat, wurden unter schwarzer Hand oft Schulden für Wahneideen, halbgache Visionen und Projekte, die viel zu viel gekostet haben, gemacht. Was für mich und meine Generation aber auf der Strecke geblieben ist, waren Verkehrsprojekte in die Verkehrswende, die wir dringend gebraucht hätten. Hätte man diese politische Geisterfahrt in Sachen Schulden weitergetrieben, dann hätten wir zusätzlich zu den heute geerbten 1,6 Mrd. Euro Schulden Ende dieses Jahres schon 2,4 Mrd. Euro Schulden und 2027 fast 3 Mrd. Euro Schulden gehabt. Der neue Schuldenpfad ist die erste und sorgsame Abkehr davon, dass wir die genannte Schuldengrenze von 2,4 Mrd. Euro erst 2027 erreichen und die möglichen Investitionsrahmen vernünftig in eine gute Zukunft für die Grazerinnen und Grazer setzen (*Appl.*). Wo wir nun sparen, ist der zweite große Unterschied zur bisherigen Politik. Wir sparen nämlich bei den Parteiförderungen, wir sparen bei den Hochglanzinseraten und wir sparen bei (*unverständlich*). Alles Dinge, die den bisherigen Stadtkoalitionen viel wert waren und auch eine gewisse Fraktion ja auch mutmaßlich nicht ordnungsgemäß verwendet hat. Der dritte große Unterschied ist der Investitionsrahmen und die Höhe davon. Die sozialistische Investitionsgießkanne, wie sie von der Opposition schon genannt wurde, wird in dieser Periode mit 1,2 Mrd. Euro mehr investieren als die Blackbox der vergangenen Periode. Aber nicht nur der Unterschied in der Höhe ist eigentlich politisch der wichtige, sondern für wen wir hier investieren, denn wir investieren für die Menschen, die 19 Jahre lang vergessen, vertröstet oder zurückgelassen wurden. Wir investieren für Menschen, deren Mieten immer weiter gestiegen sind, wir investieren für Menschen, die auf einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr vergebens gewartet haben. Wir investieren für Menschen, die inmitten von wenig Grünraum und viel Betonwüste wohnen, die dadurch immer mehr ins Schwitzen gekommen sind, und in denen auch die Solidarität unseres Sozialsystems bewusst erweitert wurde (*Appl.*). Und genau deswegen investieren wir auch in die SozialCard, und ja, wir investieren in die SozialCard, weil wir investieren damit in Menschen, die unsere Unterstützung

wirklich brauchen. Denn die von der damaligen Vizebürgermeisterin Martina Schröck eingeführte SozialCard ist und bleibt für uns immer noch eines der wichtigsten sozialpolitischen Werkzeuge in unserer Stadt. Seit ihrer Einführung hat sie die Bürokratie vereinfacht, sie hat den Bezieherinnen und Beziehern Beihilfen zum Heizen, zum Schulstart und zu Weihnachten automatisiert überwiesen und hat durch kulturelle und sportliche Zusatzangebote gesellschaftliche Teilhabe leichter zugänglich gemacht. Schwarz-Blau hat vor fünf Jahren genau hier angefangen, diese Bezieher:innen und deren Nutzen dieser SozialCard völlig auszuhöhlen. Man hat plötzlich wieder davon geredet, man müsste etwas leisten, um diese Beihilfen zu holen, man hat plötzlich Barrieren eingebaut, Fristen verkürzt und damit nur am Ende fadenscheinig behauptet, dass plötzlich weniger Menschen vielleicht die soziale Unterstützung bräuchten und unsere Empathie benötigten. Mit den schon getätigten Rücknahmen dieser Verschlechterungen und mit der heutigen Abstimmung, dass die SozialCard ausgeweitet wird, zeigen wir, dass 13.000 zusätzliche Menschen mit geringem Einkommen in Graz unsere Unterstützung verdient haben. Und dass die Menschenrechtsstadt wieder aktive Politik für Mitgefühl und sozialen Zusammenhalt macht, dazu gehört natürlich auch für uns der Ausbau und die Stärkung der Sozialarbeit, denn sie sind unser Rückhalt und Rückgrat im Sozialbereich (*Appl.*). Und wir investieren endlich, endlich, endlich in den nötigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dass heute endlich der Tag da ist, wo wir ein Budget beschließen können, wo 40 Mio. Euro für den Bau, den Bau wohlgermerkt der Innenstadtentflechtung, 24 Mio. Euro für den zweigleisigen Ausbau der 5er-Linie und eine Detailplanung der Süd-West-Linie in diesem Budget stehen, stimmt mich und meine Generation sehr positiv. Meine Ungeduld und die Ungeduld meiner Generation hätte zuletzt fast nicht mehr daran glauben können, dass die Stadt Graz im öffentlichen Verkehr endlich auf die Schiene kommt und die Fahrt aufnimmt. Mit den zusätzlichen Millionen für den Radverkehr und den Fahrradmasterplan stellen wir heute mit diesem Budget endlich die Weichen um, nämlich in Richtung Verkehrswende. Wir investieren auch mit dem Ankauf von neuen Wiesen, Parks und Grünraum, in der Hand der Stadt und in der Hand aller Grazerinnen und Grazer, endlich auch in den Grünraum. Der Ankauf von

Wiesenflächen der Stadt mag auf den ersten Blick klein erscheinen, aber eigentlich ist er das erste Symbol, weg von einer Betonpolitik und weg von dem Wahn, jede noch so kleine Fläche dem Profit von Investoren zu opfern, hin zu einer Stadt, die grüner, lebenswerter und gekühlter ist. Wir befinden uns inmitten mehrerer Krisen, und jede dieser Krisen kann nicht von uns Einzelnen bewältigt werden. Ich alleine kann nicht aus dem Gas aussteigen, ich alleine kann die Pandemie nicht beenden, ich alleine kann nichts gegen die Inflation tun, das können wir nur gemeinsam. Nur wir gemeinsam können die Investitionen machen, die meiner Generation eine Chance auf eine CO₂-neutrale Zukunft geben. Nur wir gemeinsam und unsere Bürger:innen können unser Gesundheitssystem zusammen schützen, wenn wir aufeinander schauen und auf die Expert:innen aus der Medizin hören anstatt auf Umfragen. Und wir gemeinsam können die Konsequenzen dieses schrecklichen Krieges und der verfehlten Liberalisierung des Energiemarktes schultern und Menschen vor der Armut bewahren. Nur wir gemeinsam können die gescheiterte Politik der letzten Jahre begraben und einen neuen Weg gemeinsam einschlagen. Dieses Budget steht dafür, gemeinsam Lösungen zu finden, einen Fahrplan zu haben, wie wir diese Krisen meistern, und nicht nur das, sondern Graz gemeinsam langfristig auf einen sozialeren, nachhaltigeren und demokratischeren Weg zu bringen. Es zeigt, dass die Stadt nicht länger wegschaut, wenn Menschen von ihren Alltagsorgen erdrückt werden, und es zeigt, dass die Stadt auch ohne ÖVP-Regierungsbeteiligung auch in schwierigsten Zeiten Grund für Optimismus hat. Mit diesem Budget haben wir die selbstgefällige Politik der Vergangenheit an den Nagel gehängt. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier auch ein bisschen meine Sicht auf dieses Budget teilen zu dürfen und hoffentlich habe ich auch bisschen die Verwirrung, für wen dieses Budget wirklich Politik macht, bei der Opposition aufklären können. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Magistrat und in all unseren Beteiligungen für all ihre unermüdliche Arbeit, vor allem in den letzten zwei Pandemie Jahren, und ich bedanke mich auch ganz besonders bei allen Mitarbeiter:innen der Finanzdirektion, allen voran Herrn Tschikof und Michael Kicker, für die Erstellung dieses Budgets. Ich lade aber auch alle Grazerinnen und Grazer ein, sich dieses Budget genau anzuschauen

und dann zu beurteilen, ob sich wirklich auch die Stadt für sie entwickelt, denn ich glaube fest daran, dass wir mit diesem Budget zeigen, die Stadt gehört uns allen und dieses Budget gibt der Stadt und den Menschen mehr von ihrer Stadt (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.59 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Swentner:**

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann verzichten die Neos auf die zweite Rede. Als Nächste bitte Frau Stadträtin Schönbacher.

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Danke, und zwar ich bitte um Richtigstellung, weil die Vorrednerin Gemeinderätin Anna Robosch hat eine Vorverurteilung vorgenommen. Und zwar hat sie gesagt, eine Fraktion hier im Raum hat mutmaßlich Geld oder Mittel falsch verwendet. Da fühle ich mich als freiheitliches Klubmitglied schon sehr betroffen, weil wir hatten einen Kriminalfall, die Staatsanwaltschaft ermittelt, und ich bitte hier nicht um eine Vorverurteilung einer ganzen Fraktion (*Appl.*).

KO GR **Dreisiebner:**

Ich möchte es jetzt nicht in die Länge ziehen, werte Frau Stadträtin Schönbacher, liebe Claudia. Mutmaßlich. Mutmaßlich ist ganz ein klarer Ausdruck dessen, dass es den Verdacht gibt, noch keine rechtskräftige Verurteilung, und das darf jede Person sagen. Mutmaßlich könnte ich heute bei Rot über die Straße gegangen sein. Wenn mich wer gesehen hat, dann ist es nicht mutmaßlich (*Appl., Gelächter im Saal*).